



# Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

02.08.2018

Pressesprecherin:  
Kristina Fabijancic-Müller  
Telefon +49 711/22572-34  
Mobil +49 160/97272863  
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

## **Zumeldung zur Pressemitteilung des Staatsministeriums zu „Land legt Beschwerde gegen Beschluss des Verwaltungsgerichts zum Maßnahmenpaket Luftreinhaltung ein“**

### **Gemeindetag Baden-Württemberg begrüßt Beschwerde des Landes gegen Beschluss des Verwaltungsgerichts zum Luftreinhalteplan**

Ein Verbot von Euro-5-Dieseln in Stuttgart betrifft etwa 180.000 Fahrzeugbesitzer in Stuttgart und in der Region. „Die Frage, ob deren enteignungsgleiche Aussperrung aus dem Stadtgebiet Stuttgart vor dem Hintergrund der sich kontinuierlich verbessernden Luftwerte überhaupt den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts zur Verhältnismäßigkeit entspricht, ist von so weitreichender Bedeutung, dass die Klärung nicht allein durch einen Beschluss eines einzelnen Verwaltungsgerichts erfolgen sollte“, erklärt Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg. Deshalb begrüße der Gemeindetag Baden-Württemberg ausdrücklich die Entscheidung des Landes, gegen den aktuellen Beschluss des Verwaltungsgerichts Stuttgart Beschwerde einzulegen.

Schon 2017 sprach sich der Gemeindetag dafür aus, die damalige Entscheidung des VG Stuttgart zum Luftreinhalteplan im Wege einer Berufung beim VGH Baden-Württemberg umfassend überprüfen zu lassen. Leider konnte sich das Land nur zur „Sprungrevision“ beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig durchringen.

„Das aktuelle Maßnahmenpaket, das das Land im Luftreinhalteplan vorsieht, setzt auf den verstärkten Ausbau des ÖPNV, die verstärkte Förderung der Elektromobilität, intelligente Verkehrssteuerung und weitere innovative Methoden gegen Feinstaub und Stickoxid. Diesen Weg halten wir für richtig. Man kann nicht ernsthaft erwarten, dass Bürgerinnen und Bürger

ihr über Jahrzehnte entwickeltes Mobilitätsverhalten von heute auf morgen radikal ändern. Darauf hinzuwirken und die richtigen Anreize zu setzen, erfordert möglicherweise etwas Zeit, ist aber allemal besser als mit Verboten den Wirtschaftsstandort zu gefährden und die Gesellschaft zu spalten“, so Kehle weiter.